

## Geißler: Scheitern von Stuttgart 21 noch möglich

Schlichter Heiner Geißler korrigiert sich: Seine Einschätzung, der Tunnelbahnhof in Stuttgart werde sowieso gebaut, könne sich durchaus wieder ändern.

HENNING OTTE, dpa

Stuttgart. Stuttgart-21-Schlichter Heiner Geißler hält es doch noch für möglich, dass der Tiefbahnhof nicht kommt. Er relativierte gestern seine Aussage vom Montagabend, als er in einer Diskussion erklärt hatte, der Bahnhof werde sowieso gebaut. „Das ist eine persönliche Einschätzung aufgrund des jetzigen Diskussionsstandes. Das kann sich aber jederzeit ändern“, sagte der frühere CDU-Generalsekretär. „Das hängt vom Ausgang des Stresstests und von den möglicherweise noch ausstehenden Finanzierungsproblemen ab.“ Seine Aussage am Montagabend sei in einer „etwas turbulenten Diskussion“ an der Uni Tübingen gefallen.

Geißler geht derzeit davon aus, dass der Termin 14. Juli für die öffentliche Vorstellung des Stresstests für den Bahnhof wohl nicht zu hal-



Heiner Geißler: Spätere Stresstest-Präsentation kein Problem für die Bahn.

ten ist. Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 verlangt bis zu drei Wochen Zeit, um die Ergebnisse zu prüfen. „Angesichts der Forderungen des Aktionsbündnisses ist dieser Termin eher fraglich.“ Für heute wurden den Gegnern des 4,1 Milliarden Euro teuren Bahnvorhabens weitere Informationen von der Bahn und der Schweizer Verkehrsberatungsfirma SMA zugesagt. Dabei gehe es darum, welche Prämissen zum Beispiel bei den Haltezeiten die Bahn zugrunde gelegt hat.

Der Schlichter sieht ähnlich wie Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in einem Aufschub des Termins kein Problem für die Bahn. „Ich glaube, dass wegen einer möglichen Verschiebung dieses Termins der Bahn kein nennenswerter materieller oder rechtlicher Schaden entsteht.“ Die Bahn besteht bisher auf dem Termin, weil am 15. Juli die Vergabefrist für den Filder-Tunnel und einen weiteren Tunnel im Wert von 750 Millionen Euro ablaufe. „Ich glaube nicht, dass deshalb der 14. Juli unbedingt gehalten werden muss“, sagte Geißler.

## Polizei setzt auf Deeskalation

SWP

Stuttgart. Die Polizei im Land will bei Großeinsätzen mehr als bisher auf Konfliktvermeidung setzen. Als Konsequenz aus dem missglückten Einsatz gegen S-21-Gegner am 30. September mit vielen Verletzten fordert ein gestern dem Innenausschuss präsentierter Abschlussbericht, die Zahl der Anti-Konflikt-Teams zu erhöhen. Auch solle schon im Vorfeld Deeskalation durch eine offensive Kommunikation erreicht werden. Die damalige Einsatzplanung und -durchführung wird im Bericht selbstkritisch „als optimierbar“ eingestuft. Bei herausragenden Einsatzlagen solle die „professionelle Beratung des Polizeiführers“ künftig durch einen neuen Vorbereitungsstab gewährleistet werden. Die „primäre Ursache“ für den aus dem Ruder gelaufenen damaligen Einsatz sieht der Bericht aber im „unerwartet heftigen Widerstand“ der S-21-Gegner, die „aus falschem Rechtsverständnis“ Anweisungen der Polizei nicht nachgekommen seien. wie



Wasserwerfer gegen Demonstranten im Stuttgarter Schlossgarten: Innenminister Gall will bei Polizeieinsätzen künftig auf Deeskalation setzen.

Foto: dpa

# Polizei will lernen

### Nach Schlossgarten-Einsatz: Anti-Konflikt-Teams werden künftig wichtiger

**Selbstkritisch hat die Polizei den missglückten Einsatz am 30. September im Schlossgarten aufgearbeitet. Auch wenn die Ursache im Verhalten der S-21-Gegner gesehen wird, soll Deeskalation Vorfahrt haben.**

BETTINA WIESELMANN

Stuttgart. Der Innenausschuss des Landtags hat gestern in öffentlicher Sitzung den angeforderten Bericht über die Nachbereitung des Polizeieinsatzes im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September zur Kenntnis genommen. „Ex post ist man gelegentlich schlauer“, fasste Innenminister Reinhold Gall (SPD) zusammen, was an Erkenntnissen und Schlussfolgerungen vorliegt.

Die Vorgänge an dem „schwarzen Donnerstag“, der mit mehr als 100 Verletzten endete, waren von einer Arbeitsgruppe strategisch untersucht worden, zu der am Einsatz beteiligte Polizeibeamte und andere Fachleute gehörten wie ein Wissenschaftler der Deutschen Hochschule für Polizei in Hiltrup. Eine juristische Bewertung wollte man angesichts vieler anhängiger Gerichtsverfahren ausdrücklich nicht einflie-

ßen lassen.

Sowohl Landespolizeipräsident Wolf Hammann als auch der damalige Inspekteur der Polizei und heutige Chef des Landeskriminalamts, Dieter Schneider, unterstrichen, dass das geplante Einsatzkonzept aus vielerlei, auch von der Polizei zu verantworteten Gründen nicht umgesetzt werden konnte. Es sei nicht gelungen, einen Überraschungseffekt zu nutzen, um die Absperrgitter auf der Baustelle schlagartig aufzustellen, wo Bäume gefällt werden mussten. Vielmehr hätten sich die verspätet und nicht gleichzeitig eingetroffenen, zum Teil desorientierten Polizeikräfte sofort blockierenden Demonstranten gegenüber gesehen. „Eine stabile Einsatzlage wurde nicht erreicht.“

„Bei all dem darf aber nicht verkannt werden, dass die primäre Ursache für den Einsatzverlauf durch das Verhalten der S-21-Gegner gesetzt wurde“, heißt es wörtlich im Bericht. Gleich zu Beginn des Einsatzes am Morgen sei das „aggressive Verhalten unerwartet heftig gewesen, geprägt von hoher Emotionalität und der Nichtansprechbarkeit durch die Polizei“. Widerstand gegen Anweisungen der Polizei, denen unter allen Umständen Folge zu leisten sei, sei „aus falschem

Rechtsverständnis als legitim oder legal“ eingestuft worden.

Um auf möglichst wenig Demonstranten zu stoßen, habe es zumal bei der nötigen Vorverlegung des zuerst bekannt gewordenen Einsatzzeitpunkts eine „den Planungsanforderungen entgegenstehende Geheimhaltung“ gegeben, die sich negativ ausgewirkt habe. Hammann, der die Polizei „als lernende Organisation“ sieht, sagte, im Zweifel müsse umfassendere Planung künftig vor Geheimhaltung gehen. Und es müsse auch einen Plan B oder einen Plan C geben.

Ob dem Einsatzführer, Stuttgarts

### Bilanz des Ausschusses

Zum Polizeieinsatz gegen Stuttgart-21-Gegner am „Schwarzen Donnerstag“ gab es einen Untersuchungsausschuss. Bilanz der damaligen Oppositionsparteien SPD und Grüne im Februar 2011: Die politische Verantwortung für den schief gelaufenen Einsatz lag bei Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU). CDU und FDP stellten zwar erhebliche organisatorische Mängel beim Polizeieinsatz fest, politische Einflussnahme irgendeiner Art hätten die Vernehmungen der 63 Zeugen und zwei Sachverständigen allerdings nicht belegt.

früherem Polizeipräsidenten Siegfried Stumpf, die früh zugespitzte Situation überhaupt klar war, konnte in der Analyse der Kommunikationsprozesse „nicht mehr nachvollzogen werden.“ Für einen kurzen Moment hätte es auch die Alternative gegeben, den Einsatz abzubrechen. Das hätte dann aber andere Nachteile zur Folge gehabt, wie die Verfestigung der Blockaden auf dem Gelände.

Den umstrittenen Einsatz von Pfefferspray durch die „gezielt körperlich angegangenen“ Polizisten und den Einsatz von Wasserwerfern nennt der Bericht „im Grundsatz regelkonform“. Künftig aber müsse es angesichts der Verletzten ein einsatzbegleitendes Sanitätskonzept geben. Auch müsse das Einsatztraining geschlossener Einheiten hier verbessert werden.

„Unsere Polizei setzt nicht auf Konfrontation, sondern auf Deeskalation“, sagte Gall. Das dürfe aber nicht mit Handlungsunfähigkeit verwechselt werden. Die Polizei habe Recht und Gesetz durchzusetzen. Großlagen, bei denen hohe Emotionalität zu erwarten sei, sollen künftig von ausreichend vielen Anti-Konflikt-Teams und vorher schon von einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.